



# Hamburg-Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Nr. 36

Das Blatt erscheint jeden Sonnabend.  
Abonnementspreis M. 1,50 pro Quartal.  
Redaktion und Expedition: Hamburg 25,  
Altenwall-Str. 1. Fernspr. 5, 8244.

Hamburg, den 2. September 1916

Anzeigen kosten die fünfgespaltene Non-  
pareillezeile oder deren Raum 50 Pfg. (der  
Beitrag ist stets vorher einzusenden).  
Verbandsanzeigen kosten 25 Pfg. die Zeile.

30. Jahrg.

## Bericht der Generalkommission für die Zeit vom 1. Juni 1915 bis 31. Mai 1916.

Der Jahresbericht der Generalkommission, der den Vorständen der Zentralverbände im Juni dieses Jahres unterbreitet wurde, enthält in allgemeinen Umrissen eine Darstellung der sozial- und wirtschaftspolitischen Tätigkeit, ferner Mitteilungen über die Kassengeschäfte nebst Jahresabrechnung, über das „Correspondenzblatt“, die „Dziwna“ und den Broschüren- und Bücherbetrieb, die Sozialpolitische Abteilung, das „Frauengewerkschaftsblatt“, das Arbeiterinnen- und das Zentralarbeitersekretariat.

Als der Reichstag im Juli 1915 eine Änderung des Vereinsgesetzes zwecks Befestigung des Jugend- und des Sprachenparagraphe und engerer Umgrenzung des Begriffs der politischen Vereine beschloß, um die Gewerkschaften vor der Politisierung zu schützen, erklärte die Regierung, angesichts der Gegensätze über diese Fragen in den Parteien diesen Gesetzesänderungen nicht zustimmen zu können; sie sei aber bereit, den Gewerkschaften einige Erleichterungen zu schaffen und trat darüber mit der Reichstagsfraktion und einigen Mitgliedern der Generalkommission in Verhandlung. Es gelang nicht, die Regierung zur Aufhebung des Jugend- und des Sprachenparagraphe zu bewegen. Auch wollte sie eine Vereinsgesetznovelle zugunsten der Gewerkschaften nur dann einbringen, wenn die Partei davon absehen würde, Erweiterungsanträge dazu zu stellen. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion stimmte am 21. Dezember 1915 diesem Vorstoß zu. Der Reichstag nahm neben der Novelle einen besonderen Gesetzesentwurf an, der den Sprachenparagraphe aufhebt, und brachte weitergehende Wünsche in der Einbringung von Resolutionen zum Ausdruck, die noch nicht erledigt sind.

Das Vereinigungsrecht der Eisenbahner wurde durch eine Interpellation der sozialdemokratischen Landtagsfraktion in Bayern im Oktober 1915, betreffend die Befestigung des Eisenbahnergesetzes, berührt. Nach Erklärung des bayerischen Ministerpräsidenten sollte diese Frage in einer Konferenz der Eisenbahnverwaltungen erledigt werden. Die Generalkommission ersuchte darauf in einer Eingabe den Reichsminister um eine Sicherstellung des Vereinigungsrechtes der Eisenbahner. Eine zweite Eingabe an den Reichsminister wandte sich gegen eine Verschlechterung der Dienstordnung für die Angestellten und Arbeiter der preussischen Staatsbahnen vom 1. Januar 1916, die zwar das Verbot der Teilnahme an sozialdemokratischen Vereinen und des Besizes sozialdemokratischer Zeitungen befestigte, aber die Mitgliedschaft in Verbänden und Vereinen verbot, die die Arbeitseinstellung als zulässiges Kampfmittel erachten und unterstützen. Trotz mehrfacher Verhandlungen im Reichsamt des Innern, in denen die Mindermeinung dieser Bestimmung oder die Abgabe einer Erklärung des Eisenbahnministers verlangt wurde, nach der den Gewerkschaften bei der Werbung von Mitgliedern im Eisenbahnbetrieb keine Hindernisse bereitet werden sollten, blieb der Eisenbahnminister bei dem geforderten Verzicht auf das Streikrecht. Ein solcher Verzicht kann von den Gewerkschaften nicht gegeben werden.

Auf Einladung des Bureau für Sozialpolitik beteiligte sich die Generalkommission an einer freien Kommission zur Beratung der Ausgestaltung des Arbeiterrechtes nach Abschluß des Krieges. Sie ist weiter in einem freien Ausschuss für Erziehungs- und Bildungswesen, der Vorschläge für eine Reform des Schulwesens ausarbeitet, sowie im Kriegsausschuss für Konsumenteninteressen vertreten.

Für die Förderung der Kriegsbeschädigtenfürsorge hat sie eine Abteilung eingerichtet, in der alle bezüglichen Materialien gesammelt und registriert werden, und hierfür einen Beamten angestellt. Die Materialien werden zum Teil für Aufsätze im „Correspondenzblatt“ sowie in den Lazarettzeitungen verarbeitet und dienen bei den Beratungen in den Landes-, Bezirks- und Ortsausschüssen sowie in den vom Reichsausschuss der Kriegsbeschädigtenfürsorge eingesetzten Sonderausschüssen, deren zurzeit zehn bestehen. Diese Sonderausschüsse setzen wiederum Gruppen und untere Abteilungen ein, in denen die Spezialberatung der einzelnen Fragen erfolgt. In allen Sonderausschüssen sind die Gewerkschaften vertreten, doch haben einzelne Ausschüsse ihre Arbeiten noch nicht begonnen. Die weitgehende Arbeitsteilung verzögert den Abschluß dieser Arbeiten und die

Öffentlichkeit hat von letzteren noch wenig erfahren. Die Mitarbeit der Gewerkschaftsvertreter in der Kriegsbeschädigtenfürsorge ermöglicht auch ein unmittelbares Vortreten an die Lazarettinsassen. So hat zum Beispiel Genosse R. Wiffell zahlreiche Vorträge in Lazaretten gehalten können, die auch im Druck erschienen und von der Geschäftsstelle der Kriegsbeschädigtenfürsorge der Provinz Brandenburg zu beziehen sind. Diese zweckmäßige Belehrung hat leider nicht bei allen maßgebenden Stellen das gleiche Entgegenkommen gefunden, obwohl es sicherlich erwünscht wäre, auch in andern Bezirken auf diese Weise zu arbeiten.

Den Beitritt zum Reichsverband der privaten Fürsorgevereine lehnte die Generalkommission im Interesse der einheitlichen Organisation der Kriegsbeschädigtenfürsorge ab; ebenso einen Beitrag an die Prübelvereine zur Errichtung von Unterrichtskursen und an den Verein für Wohltätigkeit und Armenpflege. Auch dem Hauptausschuss für Kriegserheimstätten antwortete sie ablehnend mit der Begründung: das Wohnungswesen müsse für alle Volksgenossen, nicht bloß für die Kriegsteilnehmer verbessert werden. Dagegen gewährte sie der Vereinigung für Krüppelfürsorge einen Jahresbeitrag von M. 1000 und entsandte den Genossen Sassenbach als Vertreter in den Beirat der vom Reichsamt des Innern eingerichteten Sonderausstellung von Kriegsgliedern für Kriegsbeschädigte (in der Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt in Charlottenburg).

Eine von der Generalkommission gemeinsam mit den übrigen Gewerkschaftsgruppen berufene Konferenz von Vertretern der Landesversicherungsanstalten verhandelte am 2. August 1915 über die Verwendung von Geldern der Landesversicherungsanstalten für Kriegsbeschädigtenfürsorge. Ueber diese Verhandlungen wurde durch eine Broschüre berichtet. Die Zentrale für Jugendfürsorge regte bei den Oberkommandos die Einführung des Sparschwanges für Jugendliche an. Gegen diese zwar wohlgemeinte, aber in ihrer Wirkung völlig verfehlte Anregung wandte sich die Generalkommission in einem Schreiben an die Zentrale sowie in einem Artikel im „Correspondenzblatt“. Der Sparschwang wurde gleichwohl in mehreren Kommando-bezirken eingeführt und die Erfahrungen haben diese Befürchtungen durchaus bestätigt. Bei den Verhandlungen über diese Frage im Reichshausparlament ist eine einheitliche Regelung, die die Anwendung des Sparschwanges auf Ausnahmefälle beschränkt, in Aussicht gestellt.

Dem Antrage, in Gemeinschaft mit den andern Gewerkschaftsverbänden eine allgemeine Bewegung für Teuerungszulagen herbeizuführen, konnte die Generalkommission nicht zustimmen. Es war hierbei zu berücksichtigen, daß die Verbände, die an Tarifverträge gebunden sind, sich nicht an einer solchen allgemeinen Bewegung beteiligen können, sondern versuchen müssen, durch Einzelverhandlungen die dringend notwendigen Zulagen zu erlangen.

Die Materialien der sozialpolitischen Abteilung sollen den Gewerkschaftsfunktionären durch das „Correspondenzblatt“ und durch eine besondere sozialpolitische Korrespondenz mehr zugänglich gemacht werden. Die Redaktion des „Correspondenzblattes“ ist darum räumlich mit der sozialpolitischen Abteilung verbunden worden. Für die Expedition des „Correspondenzblattes“ und der „Gewerkschaftlichen Frauenzeitung“ wurde eine Person angestellt.

Die Gesamteinnahmen betragen (einschließlich eines Kassenbestandes von M. 315 088,96) M. 917 617,54, wovon M. 284 425,80 auf Beiträge der Gewerkschaften, M. 60 397,40 auf zurückgezahlte Auslagen für die Kaufhausausstellung, M. 6122,32 auf das „Correspondenzblatt“, M. 77,93 auf „L'Operaio Italiano“, M. 793,40 auf die „Dziwna“ und M. 153 419,69 auf Unterstützungsmaßnahmen entfallen. Ver-  
ausgaben wurden: für sachliche Verwaltung M. 18 011,05, persönliche Verwaltung M. 32 368,48, Bibliothek M. 2613,01, Drucksachen M. 2698,95, Kongresse und Konferenzen M. 14 005,74, Internationales Sekretariat M. 9234, Agitation und Zuschüsse an Sekretariate M. 152 939,40, Verlag M. 18 550,99, „Correspondenzblatt“ M. 51 899,24, „L'Operaio Italiano“ M. 2155,33, „Dziwna“ M. 8696,69, Zentralarbeitersekretariat M. 20 576,49, Sozialpolitische Abteilung M. 23 024,69 und Unterstützungen M. 153 419,69.

Das „Correspondenzblatt“ war infolge der Kriegswirkungen gezwungen, seinen Umfang unter Wegfall der Beilagen auf acht Seiten wöchentlich einzuschränken und zugleich auf die Mitarbeit zahlreicher Mitarbeiter im In- und Auslande zu verzichten. Dabei sind die Aufgaben des Blattes während des Krieges eher gewachsen und es hat

diese in jeder Kriegsnummer zu erfüllen gesucht, wobei es sich von dem Augenblicke an, da der Krieg als Tatsache hingenommen werden mußte, auf den Boden der Landesverteidigung stellte und die Arbeiterinteressen im engsten Zusammenhange mit dem Wohl des ganzen deutschen Volkes zu vertreten suchte. Trotz des Unsehens, das sich das Blatt durch seine Stellungnahme in allen Kreisen, weit über die Arbeiterbewegung hinaus, erwarb, fehlte es doch auch nicht an Kritikern, und selbst Gewerkschaftsblätter gaben Beispiele der Uneinigkeit der Arbeiterklasse, die das Blatt zu polemischen Auseinandersetzungen nötigten. Auch zu den Vorgängen in der Reichstagsfraktion mußte das Blatt Stellung nehmen, weil wichtige Gewerkschaftsinteressen damit im Zusammenhange standen. Es hat dies getreu seiner Haltung zur Landesverteidigung und im Sinne der Einheit der Partei und der Verurteilung des Disziplinbruches getan. Darüber geriet es mit dem führenden Organ der Fraktionsminderheit, dem „Vorwärts“, in Polemik, das sich herausnahm, den Gewerkschaften und ihrer Presse jede Stellungnahme zu den Parteistreitigkeiten und jede Einflugsnahme auf die Parteipolitik zu verbieten, besonders auf die Politik des 4. August 1914. Das „Correspondenzblatt“ setzte sich mit diesem befremdlichen Standpunkt in einer Artikelserie: „Soziale Arbeiterpolitik und Gewerkschaften“ auseinander. Diese Aufsätze sind von der Generalkommission als Broschüre und der Schlussartikel über „Die Gewerkschaften und die Politik des 4. August 1914“ als Massenflugblatt für die Gewerkschaftler an und hinter der Front herausgegeben worden. Die Auflage des „Correspondenzblattes“ ist von 80 500 Exemplaren beim Kriegsausbruch auf 26 200 zurückgegangen.

Das polnisch-sprachliche Gewerkschaftsblatt „Dziwna“, das nach Kriegsausbruch sein Erscheinen eingestellt hatte, erscheint in Rücksicht auf die Notwendigkeit, die Arbeiterschaft über die durch den Krieg veränderten Rechtsverhältnisse aufzuklären, monatlich in Höhe von 3000 Exemplaren Auflage.

Die Generalkommission hat in der Berichtszeit folgende Schriften herausgegeben: „Die Regelung des Arbeitsnachweises“, „Kriegsinvaliden und Gewerkschaften“, „Protokoll der Konferenz der Vertreter der Versicherten bei den Landesversicherungsanstalten“, „Vom Umlernen während des Krieges“, „25 Jahre deutscher Gewerkschaftsbewegung“, „Die Gestaltung unserer künftigen Handelsverträge“. Außerdem wurden durch die Generalkommission verschiedene Schriften in größerer oder geringerer Zahl in Umlauf gebracht.

Die Sozialpolitische Abteilung wird während des Krieges, vor allem infolge der Vertretung der Konsumenteninteressen, in erhöhtem Maße in Anspruch genommen. Erreuenlicherweise konnten allen größeren Gruppen von Arbeiterorganisationen zu einer einheitlichen Interessenvertretung im Kriegsausschuss für Konsumenteninteressen zusammengeführt werden, so daß es möglich war, den Standpunkt der konsumierenden werktätigen Bevölkerung einheitlich gegenüber den schroff einseitig hervortretenden Interessen bestimmter Produzenten- und Handelskreise zum Ausdruck zu bringen. Die Verwertung des reichhaltigen gesammelten Materials und ein umfangreicher Bericht über die Tätigkeit wird erst nach dem Kriege möglich sein. Weitere Arbeiten der Sozialpolitischen Abteilung waren der Reform des Arbeitsnachweises, der Heimarbeit und den Beschäftigungsverhältnissen in der Textil- und Bekleidungsindustrie gewidmet. Die Sozialpolitische Abteilung hat eine umfangreiche Presseaktivität auf allen diesen Gebieten entfaltet und den Standpunkt der Arbeiterschaft auch in zahlreichen Eingaben an das Reichsamt des Innern und in mündlichen Verhandlungen mit diesem zum Ausdruck gebracht. Die Materialsammlung der Abteilung hat auf manchen Gebieten durch den Krieg eine plötzliche Unterbrechung erfahren, auf andern sind neue Probleme aufgetaucht, so auf dem der Kriegsbeschädigtenfürsorge, der Kriegswirtschaft und Volksernährung, wie auch im inneren Bereich der Arbeiterbewegung, so daß der Wunsch naheliegt: es möchte nach dem Kriege an Zeit und Kräften nicht fehlen, um diese wichtigen Materialien zu verarbeiten. Auch der Bibliothek wurde die nötige Aufmerksamkeit zugewendet.

Das Arbeiterinnensekretariat hat sowohl durch Ver-  
sammlungen als auch durch regelmäßige Aufsätze für die Gewerkschaftspresse über wichtige Arbeiterinnenfragen die Agitationsarbeit gefördert. Als Sekretariat wurde es hauptsächlich zur Auskunftserteilung und Rechtsbeihilfe in Fragen über Arbeiterinnenbeschäftigung und Arbeiterversicherung

in Anspruch genommen. Auch die Mitarbeit im Vorstand des „Nationalen Frauendienst“, Berlin, beanspruchte einen Teil der Tätigkeit der Sekretärin. Im Vorstand der Organisation „Kriegsopfer deutscher Frauendank 1915“ ist das Sekretariat ebenfalls vertreten. Ferner erledigt die Sekretärin die Kassengeschäfte des Verbandes der Hausangestellten. Im März dieses Jahres wurde dem Reichstag eine gemeinsame Eingabe des Sekretariats und des sozialdemokratischen Frauenbundes, betreffend Wiedereinführung des für die Dauer des Krieges ausgeschalteten Arbeiterinnen-, Jugend- und Kinderschutzes, zumindest des Achtstundentages für die in der Schwerindustrie tätigen Frauen, eingereicht.

Vom 1. Januar 1916 ab gibt die Generalkommission die „Gewerkschaftliche Frauenzeitung“ heraus, deren Redaktion die Sekretärin übernommen hat. Das Organ wird fast ausschließlich von den gewerkschaftlichen Organisationen bezogen und hat bereits eine Auflage von 75 000 erreicht, ein Beweis, daß das Blatt zur Agitation unter den Arbeiterinnen dringend gebraucht wurde.

Dem Zentralarbeitersekretariat sind insgesamt 1000 Sachen zur Vertretung überliefert worden. Sie betreffen fast ausschließlich die reichsgesetzliche Arbeiter- und Knappschaftsversicherung. Von den 1000 Sachen wurden überliefert von Arbeitersekretariaten 800 (1006), Gewerkschaftskartellen 16 (24), Rechtsauskunftstellen 11 (15), Gewerkschaftsvorständen und -ortsverwaltungen 85 (119) und von Mägden direkt oder durch Vermittlung sonstiger Organisationen oder Personen 148 (173). Aus früheren Jahren waren 693 rückständig. Erledigt wurden 1206 Sachen, davon 1022 Unfall-, 114 Invaliden-, 92 Krankentassen-, 28 Knappschafts- und 10 Zivilsachen.

Die seit August 1914 zur Einstellung gebrachte Rechtsbeilage ist seit Mai 1915 wieder erschienen. Allerdings nur in dem beschränkten Umfange von acht Seiten monatlich. Nur die Novembernummer erschien sechzehnseitig. Naturgemäß hat das Material zur Beurteilung der Arbeiterversicherung und des sonstigen Arbeiterrechts bei so beschränktem Umfange der Rechtsbeilage nicht vollständig verwertet werden können. Manches Material wird jedoch noch in späterer Zeit zum Abdruck gebracht werden können, wenn die Rechtsbeilage zumindest wieder im alten Umfange erscheinen kann. Vor Beendigung des Krieges besteht dazu jedoch wenig Hoffnung.

Die noch ausstehenden Wahlen für die Instanzen der Reichsversicherung haben wiederum eine hinausschiebung erfahren; die Amtsdauer der jetzt amtierenden Beamten ist abermals um ein Jahr verlängert worden.

### Kriegsbeschädigtenfürsorge.

(Schluß.)

#### II. Kriegsbeschädigtenfürsorge in Hamburg.

Die Kriegsbeschädigtenfürsorge in Hamburg ist in dem Landesauschuss für Kriegsbeschädigte einheitlich für das Hamburger Staatsgebiet zentralisiert. Bei der Zusammenfassung des Landesauschusses ist darauf Rücksicht genommen worden, daß möglichst alle sozialen Gruppen von Vereinigungen vertreten sind. Er umfaßt neben dem Landesverein vom Roten Kreuz die Hanseatische Landesversicherungsanstalt, die Angestelltenversicherung, das Versicherungsamt, Berufsgenossenschaften, die Gewerbe- und Handelskammer, Organisationen des öffentlichen Armenwesens, der Krüppelfürsorge, der Wohltätigkeit, die Verwaltung der Krankenhäuser, das Medizinalamt, den Arbeitgeberverband für Hamburg-Altona, das Gewerkschaftsamt Hamburg, die Volksfürsorge und Genossenschaften. Durch die Satzungen ist vorgesehen, daß der Senat einen Staatskommissar ernannt, der an den Geschäften teilnimmt. Der Vorsitzende ist Herr Senator Holtz, der ärztliche Leiter der Chef des Hamburger Medizinal-

amts Herr Professor Dr. Pfeiffer und Geschäftsführer Herr Sam o.

Die außerordentlich wichtigen Aufgaben des Landesauschusses erstrecken sich auf Heilbehandlung (Kuren oder Sanatoriumsbehandlung außerhalb der militärischen Krankenhauspflanze usw.), Unterricht, Beratung in sozialen und Rechtsfragen, Berufsberatung, materielle Unterstützung nach Bedarf, auch der Hinterbliebenen, Ausrüstung der Kriegsbeschädigten mit Prothesen, Werkzeug, Kleidung und schließlich Arbeitsvermittlung.

Auf das Unterrichtswesen ist besonders Gewicht gelegt. Es erstreckt sich auf den Unterricht der deutschen Sprache, Rechtschreibung, Aufsätze, Schönschreiben, Rechnen usw., auf fremde Sprachen, Blindenunterricht, Lektürentexten und auf den theoretischen und praktischen Berufsunterricht. Bei der Regelung des Unterrichtswesens wurde davon ausgegangen, daß nur diejenigen Verwundeten in Frage kommen können, die nicht wieder selbst- oder garnisondienfttauglich werden. Außer den Elementarlehren bei den allgemeinen Kursen steht der Unterrichtsplan noch vor einfache Buchführung, Vorträge über die verschiedensten Gebiete des Wissens und der Technik. Für jedes Fach werden wöchentlich zwei Stunden aufgewendet. Ferner sind Handfertigkeitsübungen vorgesehen, die in den Dienst des Heilverfahrens gestellt sind und neben dem Zeitvertrieb dem Kriegsbeschädigten die Möglichkeit bieten sollen, seine Gliedmaßen zu bewegen und zweckmäßig zu verwenden. Für den Lernenden selbst wird auch der Möglichkeitsstandpunkt nicht außer acht gelassen. Arbeitsmaterialien und Werkzeuge werden vom Landesauschuss kostenlos geliefert, die angefertigten Arbeiten gehören aber dem Hersteller. Für jedes Fach sind wöchentlich zweimal drei Stunden vorgesehen. Die Zulassung zu diesen Kursen ist davon abhängig, daß der Teilnehmer mindestens drei Wochen sich an den Kursen beteiligen kann. Die dritte Abteilung der allgemeinen Kurse enthält turnerische Spiele und Übungen zur körperlichen Kräftigung. Die Leitung liegt in Händen von Turnlehrern. Vorgesehen sind für diese Übungen zweimal wöchentlich zwei Stunden.

Den zweiten Teil des Unterrichtsprogramms bilden die Berufskurse. Neben den eigenen staatlichen Instituten, die hier verfügbar sind, haben sich auch einzelne Privatanstalten in den Dienst der Sache gestellt. In den staatlichen Kaufmannsschulen sind Kurse für Kaufleute und Beamte eingerichtet. Zugelassen werden Soldaten, die wöchentlich zwei Stunden für ein Unterrichtsfach voraussichtlich zwei Monate lang belegen können.

Die staatliche Kunstgewerbeschule hat den handwerklichen Unterricht übernommen. Hier sind Werkstätten für Tischler, Schloffer, Feinmechaniker, Schneider, Schuhmacher usw. eingerichtet, in denen die Verfümmelten sich an den Gebrauch von Prothesen, die zum Teil hier gefertigt und verbessert werden, gewöhnen sollen. Eine Reihe von gefertigten Arbeiten aus den verschiedensten Berufen wurden uns beim Besuch dieser Werkstätten vorgezeigt. Ueberausende gute Fortschritte machten Kriegsbeschädigte in ihrem neuerrworbenen Berufe, so daß sie schon nach dreimonatigem Kursus eine Prüfung ablegen konnten. Ebenso konnten wir uns durch eine praktische Vorführung Verletzte davon überzeugen, wie der Einarmige mittels der Kellerschen Hand sowohl berufliche als auch landwirtschaftliche Arbeiten ausführen kann. Eine wichtige Ergänzung der Berufskurse sind die Kurse, die als Ersatz der Lehre für solche Kriegsbeschädigte dienen sollen, die zu Spezialisten in ihrem Berufe oder in einem neuen Berufe auszubilden sind. Solche Kurse sind sowohl für handwerkliche und kunstgewerbliche Berufe als auch für das Handelsfach eingerichtet. Die Dauer der Kurse beträgt, je nach dem Berufe und dem zu erreichenden

Im Marinelaqarett auf der Weddel sind außerdem Werkstätten für Tischler, Schloffer, Feinmechaniker, Schneider, Schuhmacher usw. eingerichtet, in denen die Verfümmelten sich an den Gebrauch von Prothesen, die zum Teil hier gefertigt und verbessert werden, gewöhnen sollen. Eine Reihe von gefertigten Arbeiten aus den verschiedensten Berufen wurden uns beim Besuch dieser Werkstätten vorgezeigt. Ueberausende gute Fortschritte machten Kriegsbeschädigte in ihrem neuerrworbenen Berufe, so daß sie schon nach dreimonatigem Kursus eine Prüfung ablegen konnten. Ebenso konnten wir uns durch eine praktische Vorführung Verletzte davon überzeugen, wie der Einarmige mittels der Kellerschen Hand sowohl berufliche als auch landwirtschaftliche Arbeiten ausführen kann. Eine wichtige Ergänzung der Berufskurse sind die Kurse, die als Ersatz der Lehre für solche Kriegsbeschädigte dienen sollen, die zu Spezialisten in ihrem Berufe oder in einem neuen Berufe auszubilden sind. Solche Kurse sind sowohl für handwerkliche und kunstgewerbliche Berufe als auch für das Handelsfach eingerichtet. Die Dauer der Kurse beträgt, je nach dem Berufe und dem zu erreichenden

Ziele, ein bis sechs Monate und die Zahl der Unterrichtsstunden 24 bis 48. Diese Kurse sind zweifellos von größter Bedeutung. Auch hier gilt das Prinzip: Nach Möglichkeit dem alten Berufe erhalten bleiben. Vielfach werden durch diesen Unterricht frühere Geberbegehrten instand gesetzt, sich entweder auf einen bestimmten Berufsweig zu spezialisieren, für den ihre Verletzung weniger hinderlich ist; auch zu Vorarbeiten werden solche ausgebildet.

Besonderes Interesse im Marinelaqarett hat uns die Abteilung für Kunst und Kunstgewerbe, zu der vom Landesauschuss als Lehrer der Kunst bei der Marine als Malermaat-Landsturmann dienende Kunstmaler Adolf Hader aus Heidelberg bestellt wurde. Herr Hader erteilt Unterricht im Dekorationsmalen, im Zeichnen, Modellieren, Radieren, Holzschneiden, in Metallarbeiten, Schreien und Radierarbeiten. An den Kursen haben bisher 40 Kollegen teilgenommen, am Zeichenunterricht ungefähr 170 Kriegsbeschädigte aus den verschiedensten Berufsstellungen. Auch einige Krankenbeschädigten besuchten den Unterricht. Neben den praktischen Übungen wird auch theoretischer Unterricht erteilt. Eine dauernde Ausstellung der gefertigten Arbeiten gibt einen guten Überblick über die durchwegs zufriedenstellenden Leistungen dieser Abteilung. Eine Reihe dekorativer Malereien, Stillleben, Landschaften usw., in Öl und Tempera ausgeführt, sind als vorzügliche Leistungen zu bezeichnen. Auch unter den zahlreichen, zum Teil sehr originellen Zeichnungen, tritt uns so manches zeichnerische Talent entgegen. In einem Altarbild der kleinen Kapelle und in zahlreichen Porträts bekannter deutscher Heerführer konnten wir Arbeiten des tüchtigen Lehrers dieser Abteilung feststellen. Daß auch sonst in den verschiedensten Männen dieser ausgebildeten Lqarettkämpfer die kundige Hand erfahrener Kollegen wirksam ist, war vielfach zu beobachten. Wie uns Herr Hader mitteilte, gedenkt er auch einen Holz- und Marmorkursus einzuführen, was nur zu begrüßen wäre. Erwähnt sei noch, daß die Abteilung in Wilhelmshaven eine Kriegs-Kunstausstellung veranstaltete, die für das Rote Kreuz einen Nettogewinn von M. 10000 erbrachte, ebenso in der Hamburger Ausstellung mit zahlreichen Arbeiten vertreten war und gleichfalls einen erheblichen Gewinn für das Rote Kreuz erzielte. Mit voller Befriedigung konnten wir daher aus der Abteilung für Kunst und Kunstgewerbe scheiden, als uns versichert wurde, daß der Erfolg bisher als ein guter zu bezeichnen ist und alle Teilnehmer ihren erwählten Spezialfächern großes Interesse entgegenbringen.

In der Einarmigen Schule erteilt der Lehrer, Herr Roderer, über seine Lehrmethode und reichen Erfahrungen eingehend Auskunft. An jedem Kursus nehmen 24 Kriegsbeschädigte teil. Sehr erfreuliche Fortschritte in kurzer Zeit weisen durchwegs diejenigen auf, die das Lektüreschreiben erlernen. Ueberhaupt ist die Inanspruchnahme der Bildungsmöglichkeiten seitens der Kriegsbeschädigten im ganzen recht reger.

Die für die Kriegsbeschädigtenfürsorge so wichtigen Gebiete der beruflichen und sozialen Beratung sowie die Arbeitsvermittlung sind in Hamburg im Landesauschuss zentralisiert. Sie liegen hier in den bewährten Händen des Geschäftsführers Herrn Sam o. Bei ihm versammeln sich täglich zahlreiche Kriegsbeschädigte, die der Auskunft des Rates und auch materieller Hilfe bedürftig sind. Die soziale und rechtliche Beratung wird im wesentlichen durch Herrn Sam o persönlich sofort erteilt, für die berufliche Beratung stehen ihm aus den Kreisen der Arbeitgeber und Arbeiter (Gewerkschaftsvertreter) für alle Berufe sachverständige Gutachter zur Seite. Dieses System gewährleistet eine gründliche und zuverlässige Berufsberatung. Wo der Kriegsbeschädigte selbst oder der geschäftsführende Berater über die Verwendungsmöglichkeit der Arbeitskraft in einem bestimmten Berufe im Zweifel sind, werden die Fachleute aus den Kreisen der Arbeitgeber- und Gewerkschaftsvertreter hinzugezogen beziehungsweise um ihr Gutachten ersucht.

Im engsten Zusammenhang mit der beratenden Tätigkeit des Landesauschusses steht die Arbeitsvermittlung. Teils werden besondere Stellen direkt durch den Geschäftsführer des Landesauschusses vermittelt, teils sind die in Hamburg vorhandenen öffentlichen Arbeitsnachweise (ein-

### Aus Feldbriefen unserer Kollegen.

... den 5. Juli 1916.

Lieber Kollege!

Habe Deine Sendung mit bestem Dank erhalten und will versuchen, Dir eine kleine Schilderung über unsere Tätigkeit im Kriege zu machen. Zunächst will ich den Anfang unserer kriegerischen Laufbahn flüchtig streifen. Am 13. Oktober 1914 rückten wir von Cassel ab und kamen am 17. in Belgien in Fühling mit dem Feind, wobei wir zum erstenmal eine Probe unseres Könnens ablegen sollten, bis dann unter stetigen Kämpfen unserm Vordringen am 26. Oktober ein vorläufiges Halt geboten wurde. Am 20., 21. und 22. Oktober haben wir wohl auch unsere schwersten Verluste während dieses Vorkriegens zu verzeichnen. Da hatten wir nicht Hände genug, Tag und Nacht unaufhörlich in Tätigkeit. Die Krankenwagen reichten bei weitem nicht aus. Da plötzlich wurde das Dorf vom Feind mit Granaten überhäuft; nun mußte wieder alles geräumt werden. Sammlende verfügbaren Wagen mußten die Verwundeten weiter zurückbringen. Da ruft einer: „Recht mich doch auch mit“, dort wieder: „Laß mich doch nicht hier liegen; ach, lieber Sanitäter, trag mich doch fort.“ In diesen wenigen Tagen haben wir denn auch schon die ganzen Schrecken des Krieges durchstapelt. Von da an ging es nun zum Stellungskampf über. Nun begann ein Fühlen und Laufen; es wurden Vorposten gemacht, wieder zurückgeschlagen. Bis der Winter und mit ihm das schlechte Wetter auch dieses verhinderte. Das bedeutete für uns keineswegs eine Erleichterung; nun hieß es jeden Abend vor, bei tiefer Dunkelheit über das freie Feld, in die Schützengräben, auf demselben Weg mit Verwundeten wieder zurück zum Wagenheleplatz und so fort, bis alles geborgen ist. Von da geht es dann zum Hauptverbandplatz; hier werden die Verbände nachgesehen, frisch verbunden, Operationen vorgenommen. Bei Tage werden dann die Transportfähigen mittels Wagen ins Lqarett gebracht; da gehen pro Wagen vier Mann zur Begleitung mit. So geht das weiter, bis der Winter, wie schon oben angedeutet, auch diesen Vorposten ein Ziel setzte und auch für uns eine Zeit der Ruhe eintrat, was wir mit Freuden begrüßten. Mittlerweile

waren wir in das Jahr 1915 eingetreten. Durch das Nachlassen der Geschützaktivität hatten wir nun logischerweise auch nicht viel zu tun, als Ersatz mußte nun unsere Kompanie täglich eine Abteilung zum Flechten von Sturmbrechen, die zum Befestigen der Schützengrabenwände gebraucht wurden. Eine Abteilung mußte die total ausgebeugten und zerfahrenen Wege ausbessern und der Rest hatte die Verwundeten zu bergen. Während dieser Beschäftigung zog der Frühling ins Land. Da hieß es wieder, alles vorbereiten zu neuen Kämpfen. Die Wagen mußten ausgebessert, Befehlstragen gemacht, Strohschienen, Reile, Rollen und Matten geflochten sowie das ganze Verbandzeug nachgesehen und das Fehlende ersetzt werden. In einigen Wochen war alles fertig und schon am 23. Mai wurde zum Sturm angejagt und der Gegner 7 km zurückgeworfen. Da gab es wieder Arbeit. Es war für uns insofern eine Erleichterung gegen das Vorjahr eingetreten, weil die Kleinbahn benutzt werden konnte. Brauchten wir doch die Verwundeten nicht mehr mittels Wagen ins Lqarett zu bringen, sondern sie wurden vom Hauptverbandplatz gleich in Züge verladen.

Gleich die erste Nacht wurden drei solcher Züge zurückbefördert. Unsere Verluste waren diesmal gering gegen das Vorjahr, desto mehr gab es Kanadier und Indier. Das läßt sich wohl auch darauf zurückführen, daß zum erstenmal Gas beim Sturm verwendet wurde, das vorzügliche Wirkung hatte. Dieses Ringen dauerte wiederum eine Woche, bis die neugewonnene Stellung behauptet werden konnte und der Stellungskampf von neuem begann. In Ruhe war jedoch noch nicht zu denken; denn der Gegner machte verzweifelte Anstrengungen, das Belorene wieder zurückzubekommen, und erst nach mehrwöchigen vergeblichen Versuchen ließ er davon ab. Inzwischen wurden auch von uns noch teilweise Vorposten gemacht und die neue Stellung, wo es nötig war, verbessert. Für uns hieß es denn auch jede Nacht vorrücken über das von Geschossen aufgewühlte Feld und ausgehobene Gräben, die kampfunfähigen Leute zurückbringen, um dann gegen Morgen auf dem Verbandplatz anzukommen. Durch diesen Vorstoß eröffnete sich für uns ein neues Arbeitsfeld. Es sind vom 1. Oktober 1915 bis 1. August 1916 sieben Friedhöfe

angelegt und fast dreieinhalbtausend Leichen umgebettet worden, nur die Wassergräber haben ihren Platz behalten. In erster Linie kam es darauf an, die Leute auch alle zu erkennen; das war für uns insofern schwierig, weil vielen Toten von ihren Kameraden die Erkennungsmarken und sonstige Gegenstände abgenommen waren, das Grab jedoch nicht gekennzeichnet wurde, wahrscheinlich weil dann selbst gefallen oder verwundet und es ihnen somit nicht möglich war, ihr Werk zu vollenden. Jeder kleinste Gegenstand mußte beachtet und über alles genaue Liste geführt werden, welche dem Geschäftszimmer des Grabkommandos zur weiteren Nachforschung übergeben wurde. Die Leichen selbst wurden auf den Friedhöfen nach Nummern beerdigt, welche mit der eingereichten Liste übereinstimmten, damit keine Verwechslung stattfinden kann. Es ist uns auch in den allermeisten Fällen gelungen, die Namen festzustellen und den Angehörigen davon Mitteilung zu machen. Wohl war dies für uns eine schwere, aber für die Allgemeinheit eine nützliche Arbeit, sind doch dadurch viele Familien von der Ungewißheit über den Verbleib ihres lieben Angehörigen befreit worden. Seit April sind nun Bäume und Pflanzsträucher angepflanzt worden; jetzt werden die Wege in Ordnung gebracht, Gras angejät und was alles dazu gehört, um den Ehrenfriedhöfen ein schmales Aussehen zu verleihen.

In der Schreinerwerkstatt werden die Grabbeinhaltungen, Kreuze und Denkmäler gemacht. Acht Maler streichen dieselben und versehen sie mit den Namen der Gefallenen, damit bis zum Friedensschluß alles in Ordnung ist. Dies ist im großen und ganzen die Tätigkeit einer Sanitätskompanie im Kriege. Auf Einzelheiten kann ich weiter nicht eingehen, hoffe jedoch, daß es genügen wird, um Dir eine kleine Uebersicht über unsere Tätigkeit gewinnen zu lassen. Es ist doch schon allerhand geleistet worden, wenn man bedenkt, daß wir auch noch zwei Verbandplätze, zwei Krankenstuben und eine Badeanstalt zu besorgen haben.

Wollen nun hoffen, daß der Krieg bald ein Ende nimmt.  
Mit besten Grüßen  
Auf Wiedersehen!  
Dein R. W a.

schließlich der gewerkschaftlichen Arbeitsvermittlung) in die Organisation dieser Arbeitsvermittlung für Kriegsbeschädigte einbezogen worden. Die an diese verwiesenen Arbeitsuchenden werden von der Geschäftsstelle des Landesausschusses mit einer besonderen Ausweisurkunde versehen. Die Hamburger Unternehmerverbände haben ebenfalls die Bereitwilligkeit ihrer Mitglieder ausgesprochen, kriegsverletzte, vor der Einberufung bei ihnen beschäftigte Arbeiter einzustellen. Durch eine solche umfassende Zentralisation hat der Landesausschuss über die Zahl der Arbeitsuchenden und die gebotene Arbeitslosigkeit stets einen genauen Ueberblick. Bis zum Schlusse des ersten Geschäftsjahres sind durch den Landesausschuss 274 Kriegsbeschädigte in Stellung gebracht worden, darunter befanden sich 10 Maler und Lackierer; 2 davon konnten wieder in ihren alten Beruf zurückkehren, 4 kamen in einen Nebenberuf, 2 als Arbeiter, 1 Lagerist, 1 Straßenbahnfahrer. 266 Kriegsverletzte haben sich selbst Stellung verschafft; darunter befanden sich 5 Maler, wovon 1 zum Beruf zurückkam, 1 Holberuf, 1 Zeichner, 1 Arbeiter und 1 Büroangestellter; 14 Kollegen waren bereits vor der Entlassung aus dem Militärverhältnis aus der Fürsorge des Landesausschusses ausgeschieden. Wie bereits erwähnt, ist das Endziel des Landesausschusses die möglichst günstigste Wiedereinführung der vom Militär entlassenen Kriegsbeschädigten in das Berufsleben; der leitende Grundsatz hierfür ist, daß jeder Kriegsbeschädigte möglichst wieder seinem alten Berufe oder einem diesen ähnlichen zugeführt wird. Dieser Grundsatz beherrscht Berufsberatung und Arbeitsvermittlung für jeden einzelnen Kriegsbeschädigten.

Als Grundsatz für die Entlohnung der Kriegsbeschädigten gilt die Anweisung des Landesausschusses an seine Organe, wonach die Entlohnung nach Maßgabe der Arbeitsleistung und nicht nach der Höhe der Militärrente erfolgen soll. Eine Vermittlung zwischen dem Arbeitgeber und dem kriegsbeschädigten Arbeiter seitens der genannten Organe ist für den Bedarfsfall in der Anweisung vorgesehen.

Die Arbeitsvermittlung des Landesausschusses innerhalb des Hamburger Staatsgebietes beruht vornehmlich auf der Hamburger oder solche Kriegsbeschädigte, die vor ihrer Einberufung in Hamburg ihren Wohnsitz hatten. Für die außerhalb Hamburgs heimathberechtigten ist der Landesausschuss bemüht, in Verbindung mit ihren zuständigen heimathlichen Landesausschüssen zu sorgen. Bis zur Entlassung aus dem Heeresdienst wird indes keinerlei Unterschied in der Behandlung einheimischer und auswärtiger Kriegsbeschädigter seitens des Landesausschusses gemacht. Nur können die auswärtigen heimathberechtigten Kriegsbeschädigten nicht auf Stellen in Hamburg rechnen, weil zahlreiche in Hamburg heimathberechtigte von auswärtigen Lazaretten später nach Hamburg überwiesen werden und dann der Hamburger Kriegsbeschädigtenfürsorge bedürfen.

Die Kosten der Hamburger Einrichtungen werden getragen: für den medizinischen Teil vom Hamburgischen Landesverein vom Roten Kreuz, für den wirtschaftlichen Teil von der Hamburgischen Kriegshilfe und für den sozialen Teil vom Landesausschuss.

Neben den staatlichen und andern Zuwendungen aus öffentlichen Mitteln sind bedeutende Beträge privater Personen und Wohltätigkeitsanstalten zur Verfügung gestellt worden. Von der Sozialversicherung wurden ebenfalls größere Summen bewilligt.

Strenge Zentralisation und guter Wille in allen Kreisen haben in den Hamburger und Altonaer Einrichtungen den Beweis erbracht, daß auf diesem Wege in der Kriegsbeschädigtenfürsorge etwas Großartiges und Zweckmäßiges geschaffen werden kann. Jede Zersplitterung ist hier um so schädlicher, weil sie die Opfer des Krieges benachteiligt, für die zu sorgen die Pflicht aller ist. Jedem Kollegen aber muß es vornehmliche Pflicht sein, kriegsbeschädigte Kollegen das Arbeitsverhältnis so erträglich wie möglich zu machen, ihnen behilflich zu sein, wo irgend angängig. Wenn dazu noch die Einsicht der Meister und die notwendige Erkenntnis mitemal, die kriegsbeschädigten Gehilfen zu angemessenen Lohn- und Arbeitsbedingungen zu beschäftigen, wird vielen ihr Schicksal bedeutend erleichtert.

### Der Arbeitsmarkt im Baugewerbe.

Auch im Monat Juni wies der Arbeitsmarkt im Baugewerbe ein günstiges Gepräge auf. Die Gesamtlage hat sogar eine weitere nicht unwesentliche Verbesserung erfahren. Was die Bewegung von Angebot und Nachfrage anbelangt, so erfuhr die letztere im Juni wiederum eine wertliche Ausdehnung: die Gesamtzahl der offenen Stellen erhöhte sich um 8 pZt. Andererseits verminderte sich im Berichtsmonat das Angebot an Arbeitskräften, und zwar war die Abnahme größer als die Steigerung im vorangegangenen Monat. Insgesamt ging die Zahl der Arbeitsuchenden im Juni um 12,9 pZt. zurück. Im folgenden ist die Bewegung von Angebot und Nachfrage insgesamt (ausschließlich der Bautageelöhner und Erdarbeiter) in den drei letztverflossenen Monaten, im Vergleich mit dem Vorjahr, für das ganze Reich dargestellt:

Monat	1915		1916	
	Arbeitsuchende	Offene Stellen	Arbeitsuchende	Offene Stellen
April	18407	18176	11933	12514
Mai	15162	12045	12768	14414
Juni	14400	13111	11124	15560

Die oben geschilderte gegenläufige Bewegung von Angebot und Nachfrage im Juni hatte eine bemerkenswerte Senkung des Andrangsniveaus zur Folge. Die Verhältnisziffer ging im Reichsdurchschnitt um 17,09 auf 71,49 zurück, nachdem bereits im Mai eine Verbesserung um 6,78 zu verzeichnen gewesen war. Die Ziffern des zweiten Vierteljahres 1915 und 1916 sind folgende:

Monat	1915	1916
April	139,70	95,36
Mai	125,88	88,58
Juni	109,83	71,49

Aus den nachstehenden Uebersichten ergibt sich die Entwicklung des Angebots und der Nachfrage im Maler-, Anstreicher- und Lackierergewerbe:

Monat	1915		1916	
	Arbeitsuchende	Offene Stellen	Arbeitsuchende	Offene Stellen
April	6401	5011	3758	3267
Mai	5280	4055	4255	2982
Juni	5400	4006	3478	2285

Angebot und Nachfrage, letztere jedoch in stärkerem Maße, gingen zurück.

Auf je 100 offene Stellen kamen Arbeitsuchende:

Monat	1915	1916
April	127,74	115,08
Mai	129,72	144,44
Juni	134,80	155,61

Im Juni ist eine weitere Verschlechterung der Lage eingetreten.

Die folgenden Zusammenstellungen geben über die Entwicklung des Arbeitsmarktes für das Maler-, Anstreicher- und Lackierergewerbe in den verschiedenen Landesteilen Aufschluß:

Landesteile	Mai		Juni		Anhang	
	Arbeitsuchende	Offene Stellen	Arbeitsuchende	Offene Stellen	Mai	Juni
Berlin und Brandenburg	921	368	876	360	250,27	243,06
Ost- u. Westpreuss.	50	56	49	46	89,29	106,52
Pommern	65	35	34	34	185,71	100,00
Posen	40	48	35	28	68,88	126,00
Sachsen	122	42	17	8	290,48	212,50
Sachsen	125	114	112	107	109,67	104,67
Schleswig-Holst.	105	68	81	37	184,41	218,92
Hannover	124	100	130	90	100,00	144,44
Westfalen	202	253	159	178	79,84	84,94
Hessen-Nassau	164	112	109	64	146,43	170,81
Rheinland	577	298	291	240	128,67	121,25
Bayern	898	350	457	359	118,71	127,30
Königl. Sachsen	424	288	470	264	151,97	178,08
Württemberg	187	174	184	115	107,47	160,00
Baden	210	155	159	122	135,48	180,88
Hessen	44	84	44	28	129,41	169,23
Hamburg	432	317	59	16	136,28	368,75
Elb-Lothringen	62	19	25	11	326,82	227,27

### Gewerkschaftliches.

**Drei Eingaben der Bergarbeiterverbände.** Die Organisationsvorstände der vier Bergarbeiterverbände haben als Resultat einer gemeinschaftlichen Beratung beschlossen, mehrere Eingaben an die zuständigen Stellen zu richten, um eine wirtschaftliche Besserstellung der Bergarbeiter während der Kriegszeit herbeizuführen. Die erste Eingabe ist an den rheinisch-westfälischen Zechenverband gerichtet; in ihr wird eine angemessene Aufbesserung der Bedinge- und Sichtenlöhne verlangt. Diese Forderung wird begründet mit dem Hinweis auf die gewaltige Lebensmittellage, die zurzeit in bedenklichem Maße die Leistungsfähigkeit der Bergarbeiter beeinträchtigt habe. Der amtliche Lohnausweis für das erste Vierteljahr weise einen Durchschnittslöhnerlohn von 7,82 aus; wenn dieser Lohn sich auch inzwischen schon um etwas erhöht habe, so doch nicht in dem Maße, wie es nötig wäre. Die Eingabe verlangt einen Durchschnittslöhnerlohn von 9 und eine ausreichende Steigerung für die in festem Lohn stehenden Bergarbeiter. Es wird in der Eingabe gebeten, die in den Zechen eingeführte Pinderzulage nicht auf den Lohn zu verrechnen, sondern besonders im Lohnbuche zu vermerken; ferner wird eine Aenderung der Lohn- und Abschlagszahlungen verlangt, um die Karenzzeiten zu kürzen, und schließlich werden die Grubenbesitzer in der Eingabe ersucht, den Arbeitern im Herbst durch Vorschüsse und bequeme Rückzahlungsbedingungen bei der Kartoffelversorgung behilflich zu sein.

Die zweite Eingabe ist an das Kriegsernährungsamt in Berlin gerichtet und verlangt, daß auf den Zechen die Bevorzugung der Selben bei Verteilung und Verkauf von Nahrungsmitteln unterlassen wird. Es sei dieserhalb auf einigen Zechen schon zu Streiks gekommen und es sei eine große Erbitterung unter den Bergleuten vorhanden. Die Eingabe führt eine Anzahl Fälle an, in denen an die Selben Nahrungsmittel, die behördlich nicht rationiert waren, es aber sein mußten, verkauft worden sind, wie Mehl, Wurst, Käse, Eier, Butter, Seife usw. Die Eingabe wünscht ferner eine gerechte Verteilung der von den Zechen an die gesamten Belegschaften gelieferten Fleischwaren und Brotzuzufuhr, ebenso wird auf die stark abweichenden Preise für ein und dieselben Lebensmittel hingewiesen; es wird verlangt, daß der Lebensmittelverkauf und die Verteilung möglichst durch die Gemeinde vor sich gehen sollen. Von den Kartoffelpreisen jagt die Eingabe, daß sie zu hoch seien und herabgesetzt werden müßten, um so den Arbeitern eine bessere und billigere Einkaufsmöglichkeit zu ermöglichen. Das Kriegsernährungsamt solle auch dem Unfug mit sogenannter „Auslandsware“ steuern. Die Bezeichnung „Auslandsware“ decke vielfach nur die betrügerischen Absichten der Händler und Verkäufer.

Die dritte Eingabe ist dem Kriegsministerium zugestellt worden. Sie stellt eine Art Gutachten über die Massenpeinigung auf den Zechen dar. Es war verlangt worden, daß die Verbände sich hierüber äußern sollten. Die Verbandsvorstände erklären, daß sie die Ausgabe von Speisen auf den Gruben aus technischen Schwierigkeiten heraus nicht befürworten könnten; sie wünschen, daß die Gemeinden das Austeilen warmer Speisen vornehmen. Gewünscht wird ein Preis von höchstens 30 s für eine Portion.

Soweit die Eingaben, von denen wir hoffen, daß ihre Berechtigung anerkannt wird und die in ihnen ausgesprochenen Wünsche erfüllt werden.

**Der Lederarbeiterverband im Jahre 1915.** Der Lederarbeiterverband, der die in der Handschuhindustrie, in der Loh- und Chromgerberei sowie in der Weißgerberei und Lederfärberei beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen umfaßt, zählte zu Beginn des Berichtsjahres, einschließlich der zum Heeresdienst eingezogenen Mitglieder 15 880 (13 301 männliche und 2 579 weibliche) Mitglieder. Die Mitgliederbewegung des Verbandes ist infolge der langen Kriegsdauer und durch die umfangreichen Einberufungen zum Heeresdienst naturgemäß auch weiter sehr ungünstig beeinflusst worden. Neben dem gesteigerten zeitweiligen Abgang an Mitgliedern, der durch die im Laufe des Jahres erfolgten Einberufungen verursacht wurde, hatte der Verband einen Mitgliederverlust von 735 (491 männlichen und 244 weiblichen) Mitgliedern erlitten oder 4,78 pZt. gegenüber 6,88 pZt. im Vorjahre. Am Schlusse des Berichtsjahres hatte der Verband also noch einschließlich der im Heere stehenden, für welche die Mitgliedschaft ruht, 14 645 (12 900 männliche und 1 745 weibliche) Mitglieder. Trotz der langen Kriegsdauer und der damit verbundenen Störung des Wirtschaftslebens ist im Verlaufe des Berichtsjahres die Zahl der Arbeitslosenfälle im Verbandsgebiet außerordentlich gering geblieben. Etwa drei Viertel der Arbeitslosenfälle entfielen auf die Handschuh- und Glacélederbranche und Knapp ein Viertel auf die Loh- und Chromlederbranche. Arbeitslosenfälle sind im Berichtsjahre 99 775 gegen 181 928 des Vorjahres und Unterstützungsrate 82 187 gegen 153 836 gezahlt. Die im Berichtsjahre stattgefundenen Lohnbewegungen fanden sämtlich ohne Arbeitseinstellung ihre Erledigung. In der Hauptsache handelte es sich um Zulagen bei Heereslieferungen für die Lohgerber oder um Teuerungszulagen im allgemeinen. Neubeschlüsse von Tarifverträgen fanden im Berichtsjahre nicht statt, sondern es sind von den zeitlich zum Ablauf gestandenen 72 Verträgen nur 9 Verträge zum Ablauf gekommen, die übrigen durch Nichtkündigung stillschweigend verlängert worden, nachdem größtenteils erfolgreiche Verhandlungen wegen Gewährung von Teuerungszulagen vorausgegangen waren. Die Zahl der am Jahreschlusse 1915 in Geltung befindlichen Tarifverträge verringerte sich von 118 am Schlusse des Vorjahres auf 111 Verträge, die sich auf 837 Betriebe mit 8494 beschäftigten und 7116 organisierten Arbeitern erstrecken. Es stehen 48,5 pZt. aller Verbandsmitglieder mit Jahresabschluss unter Tarifvertrag.

Naturgemäß übten die Kriegswirkungen auch nachteilige Wirkungen auf die Kassenverhältnisse des Verbandes aus. Die Reineinnahme, die für das Jahr 1914 noch 418 000 betrug, ging mit Abschluß des Berichtsjahres fast ausschließlich infolge des Beitragsausfalles von den Heerespflichtigen auf 255 340, also auf fast die Hälfte zurück. Allerdings verminderten sich auch die Reineinnahmen entsprechend, und zwar von 468 000 auf 220 720, also um mehr als die Hälfte, so daß das Berichtsjahr noch mit einer Mehrerinnahme von 34 611 abschließt.

An Erwerbslosenunterstützung wurden insgesamt 94 414, an Unterstützung für Kriegsfamilien 59 800, für sämtliche Unterstützungsarten die Summe von 1 61 046 verausgabt. Der Vermögensbestand des Verbandes hat sich von 183 054 vom Beginn des Berichtsjahres auf 217 666 mit Jahreschlusse erhöht.

**Der Verband der Lithographen und Steindrucker im Berichtsjahre 1915.** Da das lithographische und die verwandten Gewerbe zum großen Teil auf den Export angewiesen sind, der durch den Krieg fast völlig unterbunden wurde, so war in diesen Gewerben nicht nur die größte, sondern auch die am längsten andauernde Arbeitslosigkeit anzutreffen, und demzufolge hatte auch der Verband unter den Wirkungen des Krieges stark zu leiden. Viele Geschäfte schlossen ganz ihre Pforten und sind heute noch geschlossen. Andere hielten ihre Betriebe nur ganz minimal aufrecht. Die größte Arbeitslosigkeit, die die Lithographenorganisation je zu verzeichnen hatte, war in den ersten Kriegsmontaten. Allmählich verringerte sich das Heer der Arbeitslosen. Am Beginn des Jahres 1915 waren aber immer noch 1508 Arbeitslose vorhanden, während am Jahresende nur noch 95 gemeldet waren. Dabei ist natürlich zu berücksichtigen, daß viele Mitglieder vom Beruf abgehen mußten und in andern Gewerben für Kriegslieferung Beschäftigung fanden. Andererseits hat die vermehrte Einziehung von Mitgliedern zum Heeresdienst die Zahl der Arbeitslosen verringert. Am Anfang des Berichtsjahres waren 4955 Mitglieder zum Militär eingezogen, am Schlusse 9219, so daß der Verband, der am Beginn des Jahres noch 11 028 (vor dem Kriege rund 17 000) Mitglieder zählte, am Schlusse des Jahres 1915 nur noch 6553 mustern konnte.

Auch die Lehrlingsabteilung des Verbandes wurde durch die Kriegsverhältnisse stark beeinflusst. Viele Lehrlinge verließen den Beruf und traten aus. Ein Teil wurde zum Militär eingezogen und ein anderer Teil lernte aus und trat in die Gehilfenabteilung über. Die Lehrlingsabteilung, die am Anfang des Jahres 1920 Mitglieder zählte, hatte am Schlusse des Berichtsjahres nur noch 1298 Mitglieder.

Im Bericht wird der im Jahre 1915 verstorbene Mitglieder ehrend gedacht. An Krankheiten, darunter die Lungenschwindsucht an erster Stelle steht, sind im vergangenen Jahre 106 Mitglieder gestorben; 30 sind infolge Krankheit invalide. Der größte Teil der Toten sind aber die im Felde Gefallenen. Im Laufe des Jahres 1915 wurden 448 Mitglieder als im Kriege gefallen gemeldet, insgesamt während des Krieges 742 Mitglieder.

Die Gesamteinnahmen des Verbandes im Jahre 1915 betrugen 370 293 (gegen 753 145 im Jahre 1914), die Ausgaben 242 053. Trotz noch jetzt bestehender Unterstützungsleistungen wurden im Jahre 1915 immerhin noch an Arbeitslosenunterstützung 52 456, Krankenunterstützung für Gehilfen 28 065, für Lehrlinge 5 548, Invalidenunterstützung 21 383, Witwenunterstützung 13 068, Sterbegelder für Mitglieder 4 875, für Mitgliederfrauen 1 175 und für verstorbene Lehrlinge 75 gezahlt.

Wurde so in finanzieller Hinsicht sparsam gemirtschaftet, so wurde auch auf andern Gebieten alles getan, damit die Lohn- und Arbeitsverhältnisse nicht verschlechtert

murden. Im Laufe des Jahres wurden 19 Tarifverträge für 84 Betriebe mit 533 Beschäftigten erneuert mit teilweise ganz wesentlichen Lohnverbesserungen.

Um einen Ausgleich mit den gewaltigen Preissteigerungen der Lebensbedürfnisse herbeizuführen, setzte fast überall eine lebhaftere Bewegung zur Erlangung von Teuerungszulagen ein.

Der Verband hat auch im verflossenen Jahre versucht, eine fürsorgliche Tätigkeit für seine kriegsbeschädigten Mitglieder auszuüben.

Im Bericht wird der Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß es durch die getroffenen Maßnahmen der Verbandslleitung möglich sein wird, bei Kriegsende den rückkehrenden Kriegern durch den Verband eine gute Stütze zu bieten.

Sozialpolitisches.

Eine Verfügung der preussischen Regierung zur Errichtung öffentlicher Arbeitsnachweise. Um nach Friedensschluß die schnelle und sachgemäße Unterbringung der heimkehrenden Kriegsteilnehmer sicherzustellen, hat der Bundesrat durch seine Bekanntmachung über Arbeitsnachweise vom Juni dieses Jahres bestimmt, daß die Landeszentralbehörden Gemeinden und Gemeindeverbände verpflichten können, öffentliche unparteiische Arbeitsnachweise zu errichten und auszubauen.

Ueberführung der Kriegs- in die Friedenswirtschaft. Dem Bundesrat sind von der Arbeitsgemeinschaft technischer Verbände eine Reihe Vorschläge für die Ueberführung der Kriegs- in die Friedenswirtschaft überreicht worden, unter denen sich folgende, die Ernährungsfrage angehende befinden:

Die Gefahr einer starken Preissteigerung durch die große Nachfrage droht auch auf dem Lebensmittelmarkt. Das Kriegsernährungsamt und der Zentralerkauf zur Verhütung des gegenseitigen Ueberbietens werden daher für längere Zeit nach dem Kriege beibehalten werden müssen.

Vom Reichsamt des Innern ist ein Reichswirtschaftsamt, das sich mit den Fragen der Lebensmittelversorgung und Wirtschaftspolitik zu befassen hat, abzutrennen. In diesem Reichswirtschaftsamt ist als besondere Abteilung ein Kriegsbereitschaftsamt (wirtschaftlicher Generalstab) zu bilden.

Die Schwierigkeiten, die sich bei der Ueberführung der Kriegs- in die Friedenswirtschaft bieten werden, machen die Errichtung eines Reichswirtschaftsamts zu einer unabwendbaren Notwendigkeit. In diesen wirtschaftlichen Generalstab müssen natürlich die Gewerkschaften, als Vertretung der organisierten Arbeiter, und die Genossenschaften, als die Vertreter der organisierten Verbraucher, zur Mitarbeit herangezogen werden.

Höchste Kleinhandelspreise im Durchschnitt von ganz Preußen in Pfennig für 1 kg.

Table with 4 columns: Lebensmittel, Juni 1914, Juni 1915, Juni 1916. Rows include Eierstöcke, Butter, Getreide, etc.

Die Reichsindexziffer der Kosten der Ernährung einer vierköpfigen Familie stellte sich (nach Rich. Salwer):

Table with 2 columns: Juni 1914, Juni 1915, Juni 1916. Values: 25,12; 37,36; 52,61.

Was ist erlaubt Gewinn? Das Königlich sächsische Ministerium des Innern und die Landespreisprüfungsstelle für das Königreich Sachsen haben jetzt den Grundsat auf-

gestellt, daß den zuverlässigsten Anhalt dafür, was als erlaubter Gewinn gelten kann, der im Frieden herrschende höhere Gewinnzuschlag ist. Der Krieg rechtfertigt keine höheren Gewinnzuschläge.

Genossenschaftliches.

Die Volksfürsorge an stibter Stelle der deutschen Volksversicherungsgesellschaften. Die Volksfürsorge war Ende 1915, also nach zweieinhalbjährigem Bestehen (davon anderthalb Jahr im Krieg), in der Zahl der abgeschlossenen Versicherungen schon an die siebte Stelle gerückt.

Auch bezüglich des Neuzuwachses kann sich die Volksfürsorge sehen lassen. Es haben im Jahre 1915 neue Versicherungen abgeschlossen: 1. "Victoria" 186 525, 2. "Friedrich Wilhelm" 87 934, 3. Deutsche Volksversicherung A.G. (einschließlich Uebernahme mehrerer Sterbefälle) 81 435, 4. "Aduna" 18 148, 5. Volksfürsorge 10 701; darauf sinkt die Zahl bei der Hamburg-Mannheimer Gesellschaft auf 6514.

Literarisches.

"Die Glocke", sozialistische Wochenschrift, Herausgeber: Varvus (Werk für Sozialwissenschaft G. m. b. H., München). Das eben erschienene 22. Heft des 2. Jahrgangs dieser aktuellen Wochenschrift enthält folgende Artikel: Homo Geibelbergensis: An die sozialistische Demokratie des neutralen Auslandes! Heinrich Wehler: Reichsfinanzreform und Sozialdemokratie. Jul. C. Brunner: Pflicht und kein Ende? W. Sollmann: Unsere Jugendbewegung am Scheidewege? Edgar Steiger: Lily Braun, Erich K. Schmidt: Der Verwundete nach der Schlacht. Die Woche. - Einzelhefte 20 Pf., vierteljährlich M. 2,50 bei allen Buchhandlungen und Postanstalten.

Arbeiter-Jugend. Die soeben erschienene Nr. 18 des achten Jahrgangs hat unter anderem folgenden Inhalt: Wie steht es mit der Lehrszeit der zum Militärdienst eingezogenen Lehrlinge? Von Rudolf Wiffel. - Eine Heldin, Erzählung von Sepp Dörter. - Vom Wasen und Werden der Technik. Von H. Wolbt. - Vom Wandern unserer Jugend. Von Max Peters. (Mit Abbildungen). Morgenlied. Von R. F. Meyer. - Wenn Meister wandern. - Einiges über Verkskunst II. Von Hans Sonntag. - Aus der Jugendbewegung. - Die Gegner an der Arbeit.

Jahrbuch 1915 des Deutschen Holzarbeiterverbandes. Herausgegeben vom Verbandsvorstand. Berlin 1916. Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiterverbandes G. m. b. H. Aus dem Inhaltsverzeichnis seien angeführt: Kriegswirungen in der Holzindustrie. Die weiteren Kriegsmassnahmen des Vorstandes. Die Arbeits- und Tarifgemeinschaft im Holzgewerbe. Lohnbewegung. Tarifverträge. Arbeitsvermittlung. Fürsorge für die Kriegsinvaliden. Arbeitslosenstatistik. Unfallstatistik ufm. 352 Seiten Großoktav. Preis: Broschiert M. 2, gebunden M. 2,50.

Vereinstell.

Bericht der Hauptklasse vom 21. bis 26. August.

Eingekandt wurde: Braunschweig M. 150, Kolberg 10, Dessau 100, Güstrow 50, Regensburg 75.

Material wurde versandt (B = Beitragsmarken, E = Eintrittsmarken, V = Vorkasse): Bremen 2000 B à 80 Pf., Cassel 1200 B à 80, 200 B à 120, 100 B à 10. Celle 200 B à 80. Frankfurt a. d. O. 200 B à 70, 100 V à 50. Friedberg 400 B à 80. Kiel 2000 B à 100. Mainz 200 B à 10. Spandau 400 B à 75, 400 B à 115, 15 E. Stettin 400 B à 80, 200 B à 120.

Duplikat wurde ausgestellt für den Kollegen Adolf Rolke, Buch-Nr. 28 204, bezahlt bis zur 19. Woche 1916, Filiale Dortmund.

Die Woche vom 4. bis 9. September ist die 26. Beitragswoche. P. Wenster, Kassierer.

Der heutigen Ausgabe liegt die Nummer 35 des "Correspondenzblattes" bei.

Filialen oder Kollegen, denen die Adressen von Hermann Wienhagen, zuletzt in Meyersch, Kreis Soest, und Adolf Wagener, zuletzt in Wiesdorf bei Solingen, Niederfeldstr. 9, bekannt ist, werden gebeten, sie an die Expedition des "Vereins-Anzeiger" einzulenden.



Gedenktafel

für unsere im Kriege gefallenen Kollegen.

- List of names and dates of fallen colleagues, including: Arnd, Carl, Mitglied der Filiale Berlin, geb. 12. 1. 94 zu Belten, seit 18. 4. 18 im Verband; Weser, Joh., Mitglied der Filiale Frankfurt a. M., geb. 1. 8. 86 zu Oberau, seit 4. 10. 08 im Verband; Berger, Franz, Mitglied der Filiale Dresden, geb. 28. 5. 91 zu Tzissa i. Böhmen, seit 8. 8. 12 im Verband; Berlin, Franz, Mitglied der Filiale Spandau, geb. 8. 5. 94 zu Wilmersdorf b. Berlin, seit 6. 8. 18 im Verband; Wenker, Richard, Mitglied der Filiale Berlin, geb. 21. 7. 80 zu Budow, seit 14. 4. 1900 im Verband; Breitenbach, Fritz, Mitglied der Filiale Wiesbaden, geb. 8. 2. 88 zu Wiesbaden, seit 17. 4. 10 im Verband; Diefenbach, Fritz, Mitglied der Filiale Wiesbaden, geb. 19. 5. 88 zu Miehlen, seit 7. 6. 09 im Verband; Dorich, Adam, Mitglied der Filiale Nürnberg, geb. 8. 11. 89 zu Hauptendorf, seit 28. 8. 10 im Verband; Dreger, Josef, Mitglied der Filiale München, geb. 27. 2. 78 zu Weich (O.-B.), seit 24. 8. 09 im Verband; Dömel, Ernst, Mitglied der Filiale Posen, geb. 80. 4. 89 zu Posen, seit 4. 4. 07 im Verband; Geil, Georg, Mitglied der Filiale München, geb. 20. 1. 75 zu München, seit 29. 7. 18 im Verband; Hartig, Paul, Mitglied der Filiale Nürnberg, geb. 5. 9. 92 zu Schwerin, seit 30. 5. 10 im Verband; Heke, Josef, Mitglied der Filiale Spandau, geb. 28. 9. 90 zu Beuren, seit 4. 7. 10 im Verband; Hipp, Theodor, Mitglied der Filiale Wiesbaden, geb. 27. 5. 91 zu Wiesbaden, seit 18. 8. 11 im Verband; Höne, Max, Mitglied der Filiale Berlin, geb. 10. 4. 84 zu Berlin, seit 8. 4. 08 im Verband; Hüttmann, Karl, Mitglied der Filiale Hamburg, geb. 28. 10. 94 zu Hamburg, seit 1. 7. 18 im Verband; Janßen, Joh., Mitglied der Filiale Bremerhaven, geb. 15. 12. 91 zu Gens b. Wülich, seit 18. 2. 14 im Verband; Jung, Oskar, Mitglied der Filiale Dresden, geb. 12. 12. 85 zu Rittersdorf, seit 16. 11. 07 im Verband; Karl, Josef, Mitglied der Filiale Regensburg, geb. 18. 7. 92 zu Sallern, seit 28. 8. 08 im Verband; Kather, Hermann, Mitglied der Filiale Hamburg, geb. 19. 10. 78 zu Hamburg, seit 1. 4. 01 im Verband; Neemann, Paul, Mitglied der Filiale Berlin, geb. 28. 8. 84 zu Schmiedau, seit 11. 11. 02 im Verband; Rios, Arthur, Mitglied der Filiale Weimar, geb. 8. 8. 98 zu Weimar, seit 1. 1. 10 im Verband; Röhler, Paul, Mitglied der Filiale Berlin, geb. 24. 8. 88 zu Berlin, seit 12. 8. 08 im Verband; Rörber, Heinrich, Mitglied der Filiale Wiesbaden, geb. 19. 9. 88 zu Alten-Bulck, seit 30. 4. 06 im Verband; Krause, Hugo, Mitglied der Filiale Dresden, geb. 16. 7. 95 zu Memmersdorf, seit 28. 8. 14 im Verband; Krauß, Ernst, Mitglied der Filiale Dresden, geb. 14. 1. 89 zu Sindelfingen, seit 29. 5. 10 im Verband; Kuffschacht, Rudolf, Mitglied der Filiale Posen, geb. 6. 2. 91 zu Posen, seit 4. 11. 09 im Verband; Wilde, Herm., Mitglied der Filiale Bremerhaven, geb. 25. 7. 81 zu Bedlis i. Schl., seit 9. 11. 06 im Verband; Riechward, Gustav, Mitglied der Filiale Berlin, geb. 19. 12. 71 zu Barchenheim, seit 18. 8. 98 im Verband; Reefe, Dettel, Mitglied der Filiale Neumünster, geb. 18. 8. 87 zu Neumünster, seit 4. 4. 07 im Verband; Reimers, Fritz, Mitglied der Filiale Bremerhaven, geb. 11. 4. 82 zu Ochelbär, seit 24. 7. 10 im Verband; Ruff, August, Mitglied der Filiale Hamburg, geb. 23. 8. 77 zu Barmstedt, seit 7. 4. 1900 im Verband; Schade, Carl, Mitglied der Filiale Bremerhaven, geb. 26. 12. 85 zu Wiskow i. M., seit 20. 10. 18 im Verband; Schell, Emil, Mitglied der Filiale Neumünster, geb. 19. 10. 92 zu Neumünster, seit 21. 8. 18 im Verband; Schöninger, Kurt, Mitglied der Filiale Bremerhaven, geb. 28. 4. 86 zu Jülichau, seit 2. 5. 08 im Verband; Schreier, Fritz, Mitglied der Filiale Wiesbaden, geb. 22. 9. 88 zu Bierstadt, seit 22. 5. 05 im Verband; Schubert, Walter, Mitglied der Filiale Dresden, geb. 23. 8. 98 zu Dresden, seit 20. 5. 12 im Verband; Schütte, Martin, Mitglied der Filiale Bremerhaven, geb. 25. 9. 88 zu Fieffe, seit 6. 10. 06 im Verband; Seelmann, Karl, Mitglied der Filiale Nürnberg, geb. 7. 10. 89 zu Forchheim, seit 30. 9. 12 im Verband; Seene, Carl, Mitglied der Filiale Berlin, geb. 1. 8. 86 zu Bergtamen, seit 5. 6. 04 im Verband; Simon, Franz, Mitglied der Filiale München, geb. 22. 2. 95 zu Ulrichsgrün, seit 21. 8. 12 im Verband; Unger, Albin, Mitglied der Filiale Dresden, geb. 18. 9. 83 zu Radeberg, seit 29. 6. 12 im Verband; Urbanski, Joh., Mitglied der Filiale Berlin, geb. 8. 5. 87 zu Trempatschau i. Schl., seit 5. 12. 15 im Verband; Wall, Alfons, Mitglied der Filiale Würzburg, geb. 28. 9. 87 zu Ritt, seit 20. 3. 06 im Verband; Wauer, Richard, Mitglied der Filiale Dresden, geb. 27. 5. 90 zu Rauschwalde, seit 25. 1. 13 im Verband; Wäffel, Joh., Mitglied der Filiale Bayreuth, geb. 13. 10. 95 zu Bayreuth, seit 22. 7. 12 im Verband; Wulf, Arthur, Mitglied der Filiale Hamburg, geb. 18. 7. 85 zu Burg a. Fehm., seit 18. 6. 05 im Verband; Zein, Willi, Mitglied der Filiale Dresden, geb. 20. 8. 95 zu Sebnitz, seit 1. 4. 13 im Verband.

Ehre ihrem Andenken!